

Die Baugewerkschaft

Organ

des Central-Bundes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Veranschlagt vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Nüdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Klassame 1,80 M.

Schriftleitung:

Berlin O, Nüdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. s. w. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 48.

Berlin, den 26. November 1911.

12. Jahrgang.

Bauarbeiter, Verbandsmitglieder,

gedenkt der ausgesperrten Tabakarbeiter. Die Sammlungen müssen schnell und durchgreifend vorgenommen werden. Wer schnell gibt, gibt doppelt. Vergessen wir nicht, daß wir im vorigen Jahr die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft in Anspruch genommen haben. Darum Treue um Treue. Keiner darf mit einem Beitrag für die ausgesperrten Tabakarbeiter, die zu den schlechtgelohntesten Arbeitern zählen, zurückbleiben.

Friedensworte.

I.

Ob es vielleicht angenehm für uns, wenn wir fast in jeder Nummer der „Baugewerkschaft“ eine Anzahl Terroristmärsche sozialdemokratischer Bauarbeiter gegen unsere Mitglieder mitteilen müssen? Wer das behaupten wollte, gäbe sich einer argen Täuschung hin. Das ist nichts Angenehmes, ist auch vom speziellen agitatorischen Interesse der christlichen Gewerkschaften, besonders unseres Verbandes, unerwünscht. Denn den Starken, die durch ungerechte Vergewaltigungen um so mehr aufgepeitscht werden, stehen die weniger Widerstandsfähigen und Schwachen gegenüber, die durch diese fortlaufenden Terroristmärsche eingeschüchtert und entmutigt werden. Bei der starken Sinnenänderung und dem starken Arbeitswechsel im Bau- gewerbe gewinnt das um so größere Bedeutung. Wir können ständig im Lande draußen von unseren Mitgliedern und auch solchen, die es gern werden möchten, hören, in dieser oder jener Stadt ist es einem christlich organisierten nicht möglich zu arbeiten. Wir haben darum früher die meisten Terroristmärsche totgeschwiegen, haben unseren Mitgliedern empfohlen, sich selbst zu wehren, in der ihnen geeignete erscheinende Weise. Auf unseren sämtlichen Konferenzen, wo wir uns mit dieser wenig erfreulichen Angelegenheit befassen mußten, wurde dieser Standpunkt vertreten. Dazu traten eine Reihe anderer Gründe, die in der Richtung der Verbesserung oder Beeinträchtigung bestehender Arbeiterschaft liegen, und in gegenwärtigen Zeiten von besonderer Bedeutung sind. Wir sind uns also vollständig klar über die Wirkung der Veröffentlichung der vielen Terroristmärsche sowohl auf unser inneres Verbandsleben, wie auch auf die Bewegungsfreiheit der gewerkschaftlichen Organisationen.

Wie wir nun auf die Gründe unserer veränderten Haltung näher eingehen, wollen wir auf die Veranlassung zu diesen Artikeln hinweisen. Der „Grundstein“ richtet an uns in seiner Nummer 45 „Ein Wort zum Frieden“, in dem er sich mit dem bestehenden unerquicklichen Zustand beschäftigt und in seiner Art dazu Stellung nimmt. Unserer Meinung nach ist es nicht das, was man nach dem Vorausgegangenen hätte erwarten sollen, auch geht die Mahnung zum Frieden von falschen Voraussetzungen aus, läßt zudem einen bedeutenden Faktor in dem verschärften Kampf zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften ganz außer Betracht, von dem es in erster Linie abhängt, ob ein exträgliches Verhältnis Platz greifen soll und ob die Mahnung des „Grundstein“ an seine Mitglieder zur Toleranz von wirklichem Erfolg begleitet sein kann. Wir meinen die sozialdemokratische Partei presse.

Absolut falsch ist es, daß unsere veränderte Haltung in der Behandlung des Terrorismus in den verschärften politischen Gegensätzen zu suchen sei. Sie liegt ausschließlich in der rapiden Zunahme des Auszehrungsdrängens unserer Mitglieder, sobald sie sich weigerten, in den sozialdemokratischen Verband einzutreten, und der zunehmenden Brutalität, mit der dies durchgeführt wurde. Ferner der wenige gute Wille der „freien“ Verbandsfunktionäre, die Gewalttätigkeiten zu verhindern oder abzustellen. Wir müssen im Gegenteil annehmen, daß sie sie zum Teil begünstigt, in fast allen Fällen wurden sie entweder abgelehnt oder beschuldigt, mit anderen Worten, zu „erklären“ versucht.

Und dann erst die Behandlung dieser Fälle in der sozialdemokratischen Partei presse. Statt einer Mahnung zur Vernunft, vielmehr Plausunterstützung, Beschimpfung der armen Opfer des Terrorismus, Verdächtigung und Verleumdung derjenigen, die sich der Mißhandelten annahmen. Bei fast allen Fällen konnte man den stupiden Ausdruck finden, die Christlichen sammelten Material zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterorganisationen. Und die so gearbeitete Behandlung in genauer Presse entfloß wiederum den Födern der „freien“ Verbandsangestellten, die an diesen Fällen interessiert oder beteiligt waren. Ni-

gends eine glatte Verurteilung des Terrorismus und eine nützliche Maßnahme gegen die Rechte anderer zu respektieren. Aber auch keinen Hinweis auf den bestehenden Tarifvertrag, demzufolge das Zusammenarbeiten mit Anders- oder Nichtorganisierten nicht beanstandet werden darf. Und doch hätte das allein um das Ansehen der Verträge und der Achtung vor denselben geschehen müssen.

In dieser Tatsache und dem wenig guten Willen zur Verhinderung derartiger trauriger Fälle, wie wir sie im Laufe des letzten Jahres zu bezeichnen hatten, liegt der alleinige Grund unseres Vorwurfs. Wegen Ausnahmefälle würden wir nicht das geringste Aufsehen machen, da wir nur zu genau wissen, daß es in allen Gruppen und Richtungen Personen gibt, die sich Übergriffe zuschulden kommen lassen. Das kommt auch in unseren Reihen vor, aber wir haben dann nicht gezögert, auch zur rechten Zeit das richtige Wort zu sprechen. Wenn z. B. einige Alsensteiner Kollegen sich dieser Tage hinreissen ließen, die Entlassung eines sozialdemokratischen organisierten Bauarbeiters zu erzwingen, angeblich weil er sie provoziert und beschimpft habe, so haben wir das getan, was getan werden mußte: entweder sie nehmen sofort die Arbeit wieder auf und arbeiten mit dem Betreffenden zusammen, oder sie schließen sich aus der Organisation aus. Wir sind der sicheren Überzeugung, würden alle sozialdemokratischen Verbände so handeln, würde das einen heilsamen Umstieg wahrnehmen. Aber wo haben wir das zu verzeichnen? So weit wir übersehen können, hat nur der „Grundstein“ im vergangenen Frühjahr sich zu einigen lendenlosnahmen Ermahnnungen an seine Mitglieder zur Vernunft herbeigesetzt, die er nun in etwas eindringlicherer Form wiederholt. Sie werden jedoch durch die Verbrämung mit einigen angeblichen Terroristmärschen unserer Kollegen, die er leider nicht so kennzeichnet, daß sie nachzuprüfen sind, zum größten Teil wieder unwirksam gemacht.

Dieser Situation gegenüber müssen wir uns fragen, was haben wir nun mehr zu tun? Wie schützen wir unsere Kollegen gegenüber diesem Ansturm und Gewalttätigkeiten? Mußte es nicht bis aufs Blut aufreisen, als in Nürnberg einer unserer Kollegen dreimal hintereinander aus der Arbeit floß? Überhaupt Nürnberg! Welcher Geist dort unter den Beamten der „freien“ Bauarbeiterverbände herrscht, geht aus der furchtbaren Weigerung eines der selben, des Obmannes der Schlichtungskommission, hervor, einen Streitfall, in dem es sich um die erzwungene Entlassung eines unserer Mitglieder handelte, sichtlich zu helfen. Dann aber versuchte er die Behandlung des Falles in der Schlichtungskommission mit dem Hinweis zu verhindern, es habe nicht der ordnungsmäßige Schlichtungsversuch durch die Obmänner stattgefunden, den er gerade als Obmann durch seine Weigerung verhindert hatte. Konnte es angesehens der getennzeichneten Umstände andere als wie nur die öffentliche Kritik geben? Selbstverständlich nicht! Ein anderes Mittel stand und steht uns nicht zur Verfügung. Nur mit einer andauernden und scharfen Kritik war Eindringung zu erhoffen, alle übrigen Erwägungen mussten dagegen verstimmen. Und man glaubt doch ja nicht, daß in unseren Mitgliederkreisen Begeisterung für diese Art Abwehr vorhanden war oder etwa heute ist. Genau so wenig wie bei uns selbst. Über das Mittel, das die Sozialdemokratie in der rücksichtslosen und nur allzuoft ungerechten Weise anwendet, warum sollte es nicht uns ähnliche Dienste tun, wie ihr selbst. Man lernt ja schließlich davon, womit nicht gesagt sein soll, daß wir auch die schlechten Sitten der sozialdemokratischen Presse uns aneignen wollten. Und diese unsere Kritik war, das können wir sagen, nicht ganz ohne Erfolg. Zunächst haben wir ein unbekanntes Gefühl unter den roten Agitatoren herverufen, und in diesem Geiste ist leichter Endes auch obengenannter Grundsteinartikel entstanden. Manche legen sich allmählich etwas mehr Zurückhaltung auf, und hoffen wir, daß das noch bessere Früchte trägt. Die Erziehungsarbeit, die die sozialdemokratische Presse in schlechtem Sinne ausübt, müssen wir eben in gutem wieder korrigieren. Mit Engelszungen ist da freilich kaum zu reden, da müssen recht scharfe Saiten angeschlagen werden.

Wo du nicht der Gefahr kannst aus den Wegen gehn,
Da bleibt dir nichts als ihr mit Mut entgegengehn.
* Rückert.

Arbeiterstand und Richter.

Bildet der Arbeiterstand in Deutschland ein privilegierter Stand, hat derselbe nur „Rechte“, aber keine „Pflichten“?

Diese Frage bejahte ein Richter gelegentlich einer Lohnzettel in Bissau in Posen. Lassen wir vorher

den Sachverhalt der Klage darlegen: Unser Mitglied Chalupka war bei dem Maurermeister Pape in Storchnest als Polier beschäftigt. Da er nur 45 Pf. Lohn erhielt, suchte er sich eine bessere Stellung und kündigte seine Stellung auf. Bei seinem Weggehen zahlte ihm der Arbeitgeber für die letzte Woche keinen Lohn. Als er von uns aufgefordert wurde, den noch schuldigen Lohn zu zahlen, stellte er eine Gegenrechnung auf, worin unser Mitglied noch außer dem Verlust seines Lohnes 57,68 M. herauszuzaubern hatte. Die Gegenrechnung ist so interessant, daß wir sie den Mitgliedern nicht vorenthalten dürfen.

Der Unternehmer verlangt:

- | | |
|--|---------|
| 1. Jede Woche durchschnittlich 1 Stb. Lohnzettel geschrieben : 15 à 45 | 6,75 M. |
| 2. während dieser Zeit haben täglich durchschnittlich 18 Stdn gearbeitet 1 Stunde ohne Lohn = 16,15 0,25 M. | 60,- |
| 3. Ihr Abgang als Polier hatte nicht Freitag sondern Sonnabend zu erfolgen. Gesamte Lohnzahlung für diesen Tag, wo die Leute ohne Lohn waren, betrug 26,63 M., hieron höchstens 2/3 Leistung, Schaden = 6,66 | - |
| 4. Beitrag für Krankenfalle und Invalidität 12 Wochen à 0,48 und 0,18 = 7,92 | - |
| 5. Ziegelpflaster im hinteren Flur der alten Schule aufgenommen, wieder verlegt einschließlich Verlust an Mörtel usw. 4,92 qm = 5,60 | - |

Summa 86,93 M.

ab Lohn 29,25 M.

Verlust 57,68 M.

Alle weiteren Verluste behalte ich mir noch vor. Obigen Betrag wüssten Sie zum Ausgleich etwaigen, aber bald.“ Mit dieser Gegenrechnung glaubte nun Herr Pape unser Mitglied einzuschüchtern. Da wir einen solchen Abzug für ungeeignet hielten, reichten wir die Lohnzettel ein. Der Termin, welcher am 25. Oktober d. J. in Bissau stattfand, gestaltete sich recht interessant. Herr Pape war selbst erschienen, unser Mitglied berief Kollege Müller aus Posen. Die Forderung erlaubte Herr Pape als richtig an, aber er hätte später festgestellt, daß ihm der Polier einen großen Schaden zugefügt habe. Ganz gefriedet war derselbe, als ihm erklärt wurde, daß solche Abzüge vom Lohn nicht gemacht werden dürfen. Kollege Müller riet dem Unternehmer, eine Schadenerstattung gegen seinen Polier anzustrengen, um zu versuchen, ob solche Abzüge gerechtfertigt sind. Ferner stellte er an den Unternehmer die Frage, wie er feststellen könne, daß der Polier alle Wochen eine Stunde zum Lohnzettel schreiben gebraucht hat? Da antwortete der schlaue Unternehmer, daß er den Polier dabei erwischt habe. Damit hatte er sich selbst gesangen, er ist während der Polier schrieb, selbst auf dem Bau und die Leute sollen nichts arbeiten. In seiner Trostlosigkeit konnte er nicht mehr weiter und wollte sich nun an das Krankengeld klammern, auch dabei blamierte er sich, denn das war schon in der Klage in Abzug gebracht. Er wurde verurteilt, den Lohn zu zahlen.

Recht merkwürdig war der Standpunkt, welchen der Richter fund gab. Er erklärte:

Der Arbeiterstand bildet in Deutschland ein privilegierter Stand, der nur Rechte hat, aber keine Pflichten. Wenn Sie auch gegen den Polier eine Schadenerstattung anstrengen würden, und ich würde an, Sie gewinnen, denn der Arbeiter hat ja nichts, dem Ihnen Sie nichts nehmen, sonst verhungert er.

Zu einem solchen unmotivierten Angriff gegen den Arbeiterstand läßt sich ein Richter herbei, der über den Parteien steht, dem beide Teile gleiches Vertrauen entgegenstellen. Dazu dieser Angriff, der eine Beleidigung der Arbeiter ist, ohne jeden Grund. Woher hat denn der Richter die Kenntnis, daß bei dem Arbeiter nichts zu holen ist? Das möchten wir gerne einmal wissen, oder sind derartige Neuerungen über den Arbeiterstand Privilegien der sogenannten bestehenden Kreise des Ostens Deutschlands? Dann mögen sie aufführen, daß ihnen nicht in unangenehmer Weise noch einmal die Augen aufgemacht werden. Gedankt ist es auch Arbeiter, bei denen eher etwas und mehr zu holen gibt, als bei manchem Richter. Wenn aber ein Arbeiter aus Not nicht zahlen kann oder sonst nichts hat, dann ist das jedenfalls zu entschuldigen. Daß man ihm daraus einen Vorwurf konstruiert, läßt auf die soziale Gesinnung dieses Richters einen passenden Schlüß zu. Der Herr soll sich in den Kreisen umsehen, die ihm geellschaftlich näher stehen. Die Zahl der verschuldeten Beamten ist keine geringe. Und was dort möglich ist, hat der Wolfs-Mitternich-Prozeß erst jüngst wider bewiesen. Wenn es darauf ankommt, wo die moralische Qualität größer ist, beim Arbeiterstand oder bei der sogenannten besseren Gesellschaft, hält der Arbeiterstand den Vergleich nach jeder Richtung hin aus. Das mag sich der Bissau-Richter gelöst sein lassen.

Und wie sieht es mit den Pflichten aus? Mag der Arbeiter seine Verpflichtungen dem Staat, der Kommune und der Gesellschaft gegenüber seinen Kunden entsprechend nicht genau so erfüllen, wie jeder andere Staatsbürger? Selbstverständlich ja, wenn man den projektualen Anteil des Einzimmers annimmt, vielfach sogar bedeutend höher als die mit hohem Einkommen. Das weiß sogar ein etwas aufgewandter Sextaner. Und wenn der Arbeiter die gesetzlichen Verpflichtungen geniebt, so deshalb, weil er Leben und Gesundheit nicht ausschließlich in seinem Interesse, sondern auch dem der Unternehmer aufs Spiel setzt. Wer den Gewinn aus den Arbeitern ziehen will, hat auch die Pflicht, das Risiko mitzutragen zu helfen. Der Arbeiter aber hat schließlich das gleiche Recht, danach zu streben, im Falle von Invalidität ebenso gesichert zu sein, wie der Beamte nach seiner Pension. Es ist tief bedauerlich, daß ein Richter sich zu solchen von Vorurteil zeugenden Neuerungen gegen den Arbeiterstand hinreichen läßt. Eine Überprüfung der Gegenseite zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden ist damit nicht denkbar, das Vertrauen der Arbeiter zu den Gerichten aber muss untergraben werden.

Gründung: In München werden von Bauunternehmern mit Maurern Akkordverträge inf. Bedienung abgeschlossen. Die Arbeitnehmerorganisation erachtet derartige Verträge ungünstig bis § 3 Abs. 3 des Hauptvertrags für ungültig und rief zur Entscheidung dieser Streitfrage die örtlichen Instanzen an, die sich jedoch für ungünstig erklärten, da es sich um eine grundsätzliche Sache handelt, die den Hauptvertrags berühren. Hiergegen legte die Arbeitnehmerorganisation Berufung beim Zentralchiedsgerichte ein mit dem Antrage, die Entscheidung des Münchener Schiedsgerichts aufzuheben; zugleich beantragte sie auszusprechen, daß die Vertragsparteien verpflichtet seien, dafür zu sorgen, daß bei Inhalt der zum Abschluß kommenden Akkordverträge den Grundsätzen entspricht, die in den Tarifverträgen nebst Begründung, sowie in den Entscheidungen des Zentralchiedsgerichts niedergelegt sind; ferner sollte ausgesprochen werden, daß die Organisationen Einrichtungen und Kontrollmaßnahmen einzuführen haben, damit der Akkordüberschuss an alle am Akkord beteiligte geesten Arbeiter nach Beihältnis der im Akkord geleisteten Arbeitszeit gleichmäßig verteilt werden muss. Der Arbeitgeberbund beantragte, die Entscheidung des Schiedsgerichts zu bestätigen und zu erkennen, daß die Vergabe von Akkordarbeiten an Maurer inf. Bedienung zulässig sei; zugleich wurde von Arbeitgeberseite darauf hingewiesen, daß die Münchener Bauarbeiter-Organisation an ihre Mitglieder einen gedruckten Akkordtarif mit der Befreiung herausgegeben habe, keine Akkordarbeiten unter den aufgelisteten Preisen zu übernehmen, dies solle für ungültig erklärt werden. Die Arbeitnehmerorganisation gab die Herausgabe eines gedruckten Akkordtarifs zur Information ihrer Mitglieder zu erklären, aber dies für zulässig, nachdem durch Entscheidung Nr. 179 des Zentralchiedsgerichts ein berichtigtes Recht auch dem Arbeitgeberbund bereits zugesprochen worden sei.

Die sachliche Befidigung ergab folgendes. Das Zentralchiedsgericht ist der Auffassung, daß die Frage, wer als "Beteiligter" im Sinne des § 3 Abs. 3 des Hauptvertrages anzusehen ist, eine grundsätzliche, den Inhalt des Hauptvertrages berührende Angelegenheit ist, somit das Zentralchiedsgericht zur Entscheidung allein berufen ist (§ 5 Abs. 3 des Hauptvertrages); es war somit der Spruch des Münchener Einigungsamts zu bestätigen.

Die weitere Frage, ob die Vergabe von Akkordarbeiten an Maurer inf. Bedienung zulässig sei, wurde vom Zentralchiedsgericht beurteilt; hierbei ging dasselbe vor allem von der Erwagung aus, daß bei der friktiven Befidigung auch die Bauhilfsarbeiter aus der vereinbarten Akkordsumme durch die Arbeitgeber bezahlt werden, ferner daß aus einer Reihe vorgelegter Verträge ersichtlich ist, daß die Höhe der Abschlagszahlungen nicht bloß für die Maurer, sondern auch für die Bauhilfsarbeiter ausdrücklich in den Verträgen festgelegt ist, endlich, daß der Arbeitgeber die Löhne direkt an die Bauhilfsarbeiter zu zahlen pflegt. Unter diesen Umständen sind auch die Bauhilfsarbeiter zu den Beteiligten im Sinne des § 3 Abs. 3 des Hauptvertrags zu rechnen, und muß daher der Akkordüberschuss auch den Bauhilsarbeiten nach näherer Maßgabe der oben genannten Bestimmung des Hauptvertrages im Zusammenhang mit Nr. 145 der Entscheidung des Zentralchiedsgerichts zuliegen. Es rechtfertigt sich somit Biffer 2 der Entscheidung.

Die Entscheidung unter Biffer 3 findet ihre Begründung ohne weiteres in § 6 des Hauptvertrages.

Die Frage der Berechtigung der Herausgabe eines Akkordtarifs an die Mitglieder der Bauarbeiterorganisation wurde vom Zentralchiedsgericht einhellig durch den Hinweis darauf erledigt, daß hier die Begründung zu Nr. 179 des Zentralchiedsgerichts entsprechend Anwendung finde.

Der Antrag der Arbeitnehmerorganisation auf Einführung von Einrichtungen zur Durchführung einer geregelten Verteilung des Akkordüberschusses wurde zurückgeworfen, nachdem vom Schiedsgericht bestellt worden war, daß hier Nr. 145 der Entscheidungen des Zentralchiedsgerichts zur Anwendung zu kommen hat.

Rundschau.

Die Tabakarbeiter-Aussperrung in Westfalen und Norddeutschland besteht unverändert weiter. Der Fabrikanten-Bund hat sich sonderbarweise noch nicht zu der Entstiftung geäußert, daß er dieselben Einigungsvorschläge abgelehnt hat, die sein bevollmächtigter Vertreter angeregt und mit ausgearbeitet hat. Allm. Anschein nach halten die Fabrikanten die Aussperrung besonders deshalb hin, um den durch die lange Produktionsunterbindung von 14 000 Arbeitern entstehenden Zigarrenmangel zu einem Preisvorschlag auszunutzen. Die während der Aussperrung weniger verarbeiteten Zigarren werden auf 65 000 Mille geschäfft. Das entspricht einer Benigerverarbeitung von 5200 Doppelzentner Rohtabak. Da in Westfalen, Hamburg, Bremen usw. in der Hauptsache in mittleren und besseren Preisslagen fabriziert, also viel ausländische Tabake verarbeitet werden, erleidet auch die Staatskasse empfindliche Verluste durch Aussall an Zoll usw. Da es sich um recht bescheidene Forderungen niedrig entlohnter Tabakarbeiter bei wenigen Firmen handelt, ist es unbegreiflich, daß die Fabrikanten zu einem solchen folgenreichen Schritt gezwungen haben. Dies um so mehr, als sie sich selbst durch Erhöhung der Habrikatspreise nach der Steuer reichlich schadlos gehalten haben und wohl in der Lage wären, die Arbeiter etwas besser zu entlohen. Letztere haben den Willen, auf alle Fälle durchzuhalten, und finden nachhaltige Unterstützung bei der ganzen deutschen Arbeiterschaft. Auch der christliche Tabakarbeiterverband Österreichs hat dem christlichen Tabakarbeiterverband zahlreiche Summen angeboten. Wir ersuchen unsere Mitglieder, schnell und reichlich sich an den ausgeschriebenen Sammlungen zu beteiligen.

"Zimmerer"-Rohheiten. Der Zimmerer, Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbands, hatte den Geheimrat, unsere Mitglieder in seiner letzten Nummer als „Hammer“ zu bezeichnen. Das werden wir dem Blatt noch öfter, als ihm angehört ist, unter die Nase reiben. Da das Blatt wieder auf die in seinem und unserem Verbande üblichen Beiträge herumkämpft, lehnen wir uns genötigt, unsere fröhliche Gegenüberstellung zu erneuern.

Die statutarischen wöchentlichen Beiträge des Zimmererverbandes und des unserigen betragen für dieses und nächstes Jahr in ganz Deutschland:

Der Zimmerer verband erhält somit wöchentlich einen um 25 bis 50 Pf. jährlich durchschnittlich 15 % höheren Beitrag als wir. Er hat keine Kranken- und Sterbe-, sondern nur die Arbeitslosenunterstützung. Während einer Wohlheit wird keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesprecht sind: Berlin (Dachdecker) die Firma Althaus, Wiesbaden, Essen (Fliesenleger) Sperré über die Essener Baumaterialien, Betriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiter des Zwischenmeisters Seiler, Köln, Böblinghausen (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Duisburg, Fliesenleger (Sperré über den Zwischenmeister Krüsten), Gossmanisch (Sperré über Pawlick) wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Bodum.

Essen, den 26. Oktober 1911.

Protokoll

der Einigungsausschaltung für das Platten Gewerbe.

Univend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath-Essen a) von den Arbeitgebern: die Herren: Marchar-Essen, Sonnewald-Weselkirchen, Werringloer-Vochem, Funke, als Vertreter der Keram. Zentrale für Rheinland und Westfalen, Essel, H. Müller, als Vertreter der Firma Hilgers u. Schürmann-Wittenkirch, Zaminet-Essen, (von Punkt 2 ab), Harke, als Geschäftsführer der Arbeitgeber im Plattenlegergewerbe; b) von den Arbeitnehmern: die Herren: H. Abel-Essen, H. Verner-Duisburg, F. Müller-Vochem, W. Wodt-Vochem, F. Weinert-Essen, F. Kahl-Dortmund; c) Oberstadtkeltern Witz, als Protokollführer.

In der heutigen Sitzung wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. Beschwerde der Arbeitnehmer gegen die Firma Werringloer in Vochem wegen Nichtzahlung des Tariflohnes für Spaltplatten.

Herr Werringloer wiederholte seinen in der Schlüttungskommission Bodum vertretenen Standpunkt, wonach das Siegerdorfer Wandplattenmaterial 12/12 cm bei der Festsitzung der Arbeitslöhne für Porzellandplatten 12/12 cm nicht in Frage gekommen ist, da dieses Material erst seit einiger Zeit in den Handel gebracht worden ist.

Während Porzellan- bzw. Majolikaplatten ähnlich ineinander verlegt werden, werden die Siegerdorfer Platten mit ca. 8 mm großen Fugen verlegt, er halte einen Preis von 3 M pro Quadratmeter, wie er durch Einigungsausschaltung vom 25. September 1909 festgelegt sei, für durchaus ausreichend. Vorstehender macht darauf aufmerksam, daß die Abschließung des jetzigen Vertrages ein Jahr später, am 26. September 1910 erfolgt sei, und daß in demselben eine Preisfestsetzung für Spaltplatten nicht ausgenommen worden ist. Nach seiner Meinung sei es daher angebracht, wenn keine Einigung erzielt würde, bis zur Abschließung eines neuen Vertrages die Bezahlung nach dem alten Vertrage beizubehalten.

Die Arbeitnehmer halten einen Preis von 3 M pro Quadratmeter für zu gering, nach dem früheren Vertrage sei außerdem noch eine besondere Vergütung von 15 Pf. für den laufenden Meter bezahlt worden. Der jetzige Vertrag würde eine Verschlechterung für die Arbeitnehmer bringen und dieses sei nicht beachtigt gewesen. Sie halten einen Preis von 3,30 M pro Quadratmeter für nicht zu hoch gegriffen.

Die Arbeitgeber vertreten die Ansicht, daß dieser Preis zu hoch sei, sind aber mit dem Vorschlag des Vorstehenden, nach den Sätzen des alten Tarifs von 1908 weiter zu zahlen, einverstanden.

Die Arbeitnehmer erklären sich nach vorheriger Beratung mit dem Vorschlag einverstanden, unter der Voraussetzung, daß die früheren Vergütungen ebenfalls gezahlt werden.

E.-A. faßt demgemäß einstimmig folgenden Beschluß: Die Berechnung der Spaltplatten 12/12 cm erfolgt nach der Vereinbarung vom 25. September 1909 unter Berücksichtigung der Positionen 70 und 78 des alten Vertrages.

2. Antrag der Schlüttungskommission Gelsenkirchen auf Entscheidung, nach welchem Tarifjahr die von der Firma Hümmelbeck zu Gelsenkirchen in Castrop ausgeführten Arbeiten zu bezahlen sind.

Herr Sonnewald erklärte, daß es sich in Castrop um eine außergewöhnliche Arbeit gehandelt habe, indem zwei vergleichbare Größen von Spaltverbndern zu versetzen gewesen seien. Im Tarif sei keine Position für derartige Arbeiten vorgesehen; er habe daher bei Berechnung der Preise für die doppelt so großen Platten die Hälfte des Preises für die kleineren Platten zugrunde gelegt.

Die Arbeitnehmer glauben einen Grundpreis für diese Arbeiten ohne vorherige Bespruchung mit ihren Organisationen nicht angeben zu können, die Angelegenheit wird daher zur erneuten Beratung an die Schlüttungskommission zurückgewiesen.

3. Antrag derselben Schlüttungskommission auf Entscheidung, welcher Ortsvertrag bei der Bezahlung von auswärtigen Arbeiten, welche die Firma Hilgers u. Schürmann aus Wittencheid in Essen ausführen läßt, Anwendung zu finden hat.

Vorstehender stellt fest, daß der Ortsbezirk Witz zu seinem Vertragsgebiet gehört und daß die Vergütung für auswärtige Arbeiten durch eine Bestimmung des Gelsenkirchener Ortsvertrages besonders geregelt ist; die Vertragsbestimmungen der Firma regeln sich daher nach dem Orte des Hauptgeschäftes.

E.-A. beschließt einstimmig, daß die Bezahlung für auswärtige Arbeiten nach den Bestimmungen des Gelsenkirchener Vertrages zu erfolgen hat.

Gez.: Rath.

Bezirk Hannover.

Wilhelmshaven. In Nr. 45 der "Baugewerkschaft" berichteten wir, daß die Maurer und Arbeiter bei der Firma Holzmann u. Co. die Arbeit niedergelegt hatten, da sich genannte Firma nicht an den hier im Baugewerbe bestehenden Tarifvertrag hielt. Nach vierzehntägiger Dauer wurde die Arbeit wieder angenommen, nachdem die Firma den Maurern eine sofortige Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde, und den Arbeitern eine solche von sofort 2 Pf., am 1. März 1 Pf. und am 1. Juni 1912 noch 2 Pf., im ganzen 5 Pf. pro Stunde, zugestellt hat. Offenkundig ist die Firma Holzmann von den Versuchen, hier die Löhne zu drücken, entzweit. Auch wurde die Wiedereinstellung sämtlicher Streikenden nach Möglichkeit zugestanden.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 26. November, der neununddreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Baudecker.

Braunschweig. Am Donnerstag, den 2. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Eröffnet wurde dieselbe vom Kollegen Weinrich mit der Tagesordnung:

1. Jahresbericht, 2. Abrechnung vom dritten Quartal, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkte nahm Kollege Weinrich das Wort. Zur längeren Aussführung schloß er die Vorgänge unserer Zahlstelle. Die Wohlthatigkeit in vergangenen Jahren war als eine gute zu bezeichnen. Einige Kollegen seien stets in Tätigkeit gewesen, auch auswärtige haben noch Beschäftigung gefunden. Angestellte seien unter unseren Kollegen nicht zu verzeichnen. Der Besuch der Versammlungen ließ bei den Kollegen zu wünschen übrig. Einige Versammlungen könnten überhaupt nicht abgehalten werden. Dies müsse in Zukunft wieder besser werden. Die Mitglieder müssen sich besser schulen und mitarbeiten. Räumlich war dies im Laufe des letzten Sommers nötig, wo unsere Vorstände und Vertreter auf das schwärzeste beläuft und angegriffen wurden von Seiten der Sozialdemokratie. Nach der Lohnzulage von 2 Pf. sei den Kollegen zugute gekommen. Zwei Mitglieder unserer Zahlstelle wurden uns abtreten und traten zu dem "freien" Baudeckerverband über. Schuldbar waren sie lediglich Unkenntnis. Stehen alle Kollegen dem Vorstande zur Seite und arbeiten tüchtig mit, wird es für unsere Zahlstelle auch wieder besser werden und werden wir noch Mitglieder gewinnen. Kollege Bömel erstattete den Bericht vom dritten Quartal. Die Einnahme betrug 108,70 M., die Ausgabe 8,45 M. Die Lokalkasse hat einen Kassenbestand von 70,11 M. Die Revisoren erklärten die Kasse revidiert und alles in besserer Ordnung vorgefunden zu haben. Es wurde dem krispierten Entlastung erteilt. Zu den Vorstand gewählt wurden: Kollege Joh. Weinrich, Bübergasse 23, als Vorsteher, Kollege August Bömel als Kassierer, Kollege A. Ringeb als Schriftführer; die Kollegen Aug. Barth und August Staaße zu Reitieren, Kollege F. Maria als Gruppenleiter. Im Punkt Verschiedenes wurde seitens einiger Kollegen Klage geführt, daß zu wenig für den Dachdeckerberuf in der "Baugewerkschaft" geschrieben werde. Kollege Weinrich war der Ansicht, daß dieses Schuldbar der einzelnen Ortsgruppen sei, indem diese zu wenig das Organ benutzen. Es würde mit der Zeit wohl eine Tendenz eintreten. Richtig sei, daß die noch fernstehenden Kollegen sich bald unserer christlichen Gewerkschaft anschließen. Kollege Weise sprach noch über den Terrorismus der "freien" Gewerkschaft. Wenn die Kollegen nicht standhaft wären, würden sie gezwungen werden, überzutreten. Hier würzten die Kollegen jetzt sein und dem Vorstand sofort Widerstand machen, damit derseine die Sache untersuche. Auch dem Kollegen Bömel, der die "Baugewerkschaft" austreite, könnte man Beschuldigen. Zum Schluß nahm Kollege Weinrich das Wort und rüttete die Blicke an den neu gewählten Vorstand, doch in jeder Hinsicht seine Pflicht zu tun. Die Mitglieder müßten jeden Versammlungen eifrig besuchen und dem Vorstand sein Wohl möglichst erleichtern. Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft schloß er die diejährige Generalversammlung.

Bezirk Breslau. Am Sonntag, den 29. Oktober, tagte in Breslau bei Egner, Marciusplatz 4, die diesjährige Verbandskonferenz. Dieselbe war von 43 Delegierten besucht, die 23 Verwaltungsstellen mit 70 Zahlstellen vertraten. Als Vertreter unseres Verbandes nahm der Centralvorsteher Kollege Biedeburg an den Verhandlungen teil. Aus dem Bericht des Bezirksleiters ist zu entnehmen, daß auch in diesem Jahre wieder eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Es wurden 5 Verwaltungsstellen und 9 Zahlstellen neu gegründet. In 6 Verwaltungsgemeinden wurden Tarifverträge abgeschlossen. Es kam an einem Orte zur Aussperrung, an einem zum Streik und an vier zum friedlichen Abschluß, jedoch mußte hier bei einigen Unternehmen die Banquette zwecks Anerkennung des Vertrages verhängt werden. Die Lohnzähler betrug in 2 Vertragsgebieten 5 Pf., in einem Gebiet 6 Pf., in 3 Gebieten 7 Pf. und in einem Gebiet 8 Pf. Der Tarifvertrag wurde von einigen kleineren Differenzen abgesehen, durchweg eingehalten. Die Beitragsleistung ist bedeutend gestiegen. Besonders ist hervorzuheben, daß die Beitragsmarken bei den höheren Klassen bedeutend zugunsten haben. Die Mitgliederzunahme beträgt in diesem Jahre 600 und gehören jetzt 2200 Kollegen als Mitglieder dem Bezirk an. Seit 1908, wo der Bezirk gegründet wurde, beträgt die Mitgliederzunahme 1550. Die Geschäftsleitung in den Zahlstellen hat sich gehoben und es mußte dort aufgekauft werden, daß eine ganze Anzahl von Ortsgruppen vorhanden sind, die sich eifrig an der Agitation beteiligen und auch selbstständig arbeiten. Der Bezirksleiter schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß in Zukunft so weiter gearbeitet werden möge, damit bis zum nächsten Monat mindestens 3000 Mitglieder dem Bezirk angehören. In der anschließenden Diskussion wurde den Ausführungen des Bezirksleiters zugehört und die Tätigkeit lobend anerkannt. Von einigen Diskussionsrednern wurde der Wunsch geäußert, in den Zahlstellen darauf hinzuweisen, daß jeder da seine Beiträge zahle, wo er in Arbeit stehe, es sei immer noch vereinzelt vorgekommen, daß Kollegen in der Freizeit arbeiten und in der Landzahlstelle ihre Beiträge zahlen. Ein besonderes Argument müßte auf die Arbeitslohnmarken gelegt werden, da es mehreren Orten verhältnismäßig zu viel gelebt werden kann, und müßte hier eine bessere Kontrolle in den Zahlstellen gehalten werden. Auch sollten die Arbeitslohnmarken nur vom Bezirksleiter festgestellt und nicht von den Vertretern zugeteilt werden. Einige Delegierte kamen auf die gegnerische Agitation der sozialdemokratischen Verbände und der Fachabteilungen zu sprechen. In 3 Orten war die Arbeit eingefestigt worden, wo die "Gewerken" mit unseren Kollegen nicht zusammen arbeiten wollten, und erklärten die Kollegen hierin einen Vertragsbruch. In 3 anderen Stellen wurden die Kollegen gezwungen, falls sie weiter arbeiten wollten, Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes zu werden. Auch die Agitation der Fachabteilungen wurde gerügt, zumal 2 Sekretäre derselben durch allerlei Propagandieren es so weit gebracht hätten, daß an zwei Orten ein Teil der Kollegen wieder von unserer Organisation angestellt und sich zum Teil den sozialdemokratischen Verbänden angeschlossen haben. Kollege Biedeburg kam ebenfalls auf diese Agitationssweise zurück und hob hervor, daß wohl in kleinen Bezirken die Agitation so schwierig wäre, als wir gerade in Südsachsen, wo man außer mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften auch noch mit den Fachabteilungen zu kämpfen habe. Erwähnt seien wir von Jahr zu Jahr im Bezirk voran gekommen. Heute in der Zukunft so weiter gearbeitet werden, dann bleibt auch die fernere Erfolge nicht aus. Die Fachabteilungen führen systematisch weniger gegen die sozialdemokratische Organisation, um so mehr aber gegen die christlichen Gewerkschaften kämpfen. Damit erfasste Kollege Scheff-Ostrig Bericht über die letzte Generalversammlung und wurden von den Delegierten die eingeführten Neuerungen begrüßt. Kollege Knappe-Kreuzburg referierte über Herbst- und Winteragitation. Bei den Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion. Darüber wurde von den Delegierten stärker zu betreiben. In besonders schwierigen Gebieten soll Winteragitation vorgenommen werden, um der Organisation mehr Eingang zu verschaffen. Kollege Gottschalg referierte über Agitationarbeit und Versammlungsleiter in den Ortsgruppen. Kollege Kremer-Waldenburg überlieferte zukünftigen Aufgaben. Nach den Vorträgen, die gut durchgedacht waren und manchen Delegierten neue Anregung gaben, wurde wegen vergrößelter Zeit von einer Diskussion abgesehen. Kollege Biedeburg hielt hierauf einen mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag, wo besondere Auskünfte gegeben wurde über die Agitation der Sozialdemokratie gegenüber der Reichsversicherungsordnung gegenüber den bürgerlichen Parteien. Diese Ausführungen haben dazu beigebracht, über manchen Punkt bei den Delegierten Klarheit zu schaffen. Das

Berater von Kollegen Preller über Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften müßte wegen vorgerückter Zeit zurückgestellt werden. Es entspann sich nun mehr eine rege Diskussion über die Ausführung des Tarifzuschlages und Agitationsbeitrages an die Bezirkskasse. Nach Annahme einer Resolution, in welcher die Kollegen zu eifriger Agitation und Opferwilligkeit aufgefordert werden, wurde die Konferenz geschlossen.

Düsseldorf. Die Zahlstelle der Maurer und der angeschlossenen Berufe hielt am Sonnabend, den 4. November, die diesjährige Generalversammlung ab. Zur Tagesordnung stand folgendes: 1. Geschäftliche Angelegenheiten. 2. Die neuen Ergebnisse in unserer gegnerischen Gewerkschaftspresse. 3. Wahlen zum Sozialen Ausschuß für Arbeitervertreterwahlen, Kartell und Verwaltungsstellen-Ausschuß. 4. Jahresbericht. 5. Neuwahl des Vorstandes. Im Geschäftlichen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Abmelbungen wegen der Bevölkerungsmauer unbedingt erfolgen müssen. Auch sollten die Hansaßtädter möglichst Sorge tragen, daß bei Einsammlung der Bücher alle Beiträge gezahlt seien. Sodann referierte Kollege Meister über die sozialpolitische Lage. Nachdem der Beipunkt der Reichstagswahlen bekannt geworden sei, wies er die sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter in der Propaganda für die Sozialdemokratie. Die Organe fordern geradezu ihre Mitglieder auf, sozialdemokratisch zu wählen. Auch habe der „Stuttgarter“ in der Nr. 42 wieder eine Abhandlung über die Entwicklungslehre gebracht, ähnlich wie das Buch des „Genossen“ Fehmeyer über Arbeit und Kultur, worin die Abstammung des Menschen vom Affen als Schöpfungsbegriff vorgelegt wurde. Das Ganze läuft darauf hinaus, die Mitglieder zur materialistischen Weltanschauung zu erziehen. Als Gegenwirkung empfahl Redner mehr apostolische Schulung, und dazu seien die Winterabende geeignet. Auch habe man in letzter Zeit durch die vielen Verurteilungen mehr sozialdemokratischer Redakteure feststellen können, daß ein großer Verleumdungsschlag gegen die christlichen Gewerkschaften eröffnet sei. Die vielen Terrorismusfälle aus letzter Zeit zeigten uns deutlich, wo der Weg hinführt. Demgegenüber müßten auch die christlichen Gewerkschaften aus der Reserve heraustreten und zum Angriff gegen die rote Flutwelle vorgehen. Die Ausführungen waren lebhaft. Sodann wurden die verschiedenen Wahlen getägt. Zum Vorstand wurden die alten Kollegen auf allseitigen Wunsch wiedergewählt. Es sind die Kollegen Hoh. Krämer, erster Vorsitzender, Joseph Gabb, zweiter Vorsitzender, Heinrich Reußen, erster, und Georg Wöhrl, Hilfspächter, zweiter Schriftführer. Die gewählten Kollegen versicherten, ihr bestes können auch im kommenden Jahre für den Verband einzubringen. Der Jahresbericht ergab folgendes Bild. Aufgenommen wurden 204 Maurer, übergetreten sind 27. Hilfspächter wurden 179 aufgenommen, und 18 sind übergetreten. Gegenüber dem Vorjahr ist eine nennenswerte Verstärkung der Mitgliederzahl eingetreten. Jedoch wurde Klage geführt über den Verlust der Bauarbeiter, die immer noch sehr unter der Inflation zu leiden haben. Die Gründe sind verständiger Art. Das beste Mittel, dem Nebelstaat entgegenzuwirken, sei ein kraftiges Eingreifen der gelehrten gegenüber den ungelehrten Berufen. Versammlungen fanden 22 statt. In diesen wurden zwölf Vorträge gehalten. Vorstandssitzungen tagt 9. Seitdem ist im Laufe des Jahres der Kollege Paul Busch an Lungenerkrankung gestorben. Streits oder größere Bewegungen fanden keine statt, dagegen wurden entstandene Differenzen meist persönlich oder durch die Schlichtungskommission erledigt. Die Abrechnung vom dritten Quartal wurde in der am darauffolgenden Dienstag stattgefundenen Verwaltungsstellen-Kontrolltagung vorgelegt. Einnahmen der Hauptkasse waren 3877,95 Mark, Ausgaben 1656,15 M. In die Zentralkasse wurden noch 221,80 M. eingezahnt. Die Einnahme der Lofalkasse einschließlich Kassenbestand betrug 2979,87 M., die Ausgabe 1215,55 M. Mark somit Verlust für das nächste Quartal 1764,32 M. Die Reviden erklärten, daß nebst Geld und Belegen in besserer Ordnung befinden zu haben. Dem Kassierer, Kollegen Käferleiner, wurde Entlastung erteilt. Zum Schluß erwähnte Kollege Reißer die abtreibenden Mitglieder, daß sie auch im Winter in der Freizeit alle ihre Wünsche erfüllen würden. So möchte zufriedenbliebene und leue Mitglied kommt durch Ausmusterung wieder in die Reihen der Kampftruppe eingeführt werden. Die gut besuchte Generalversammlung erreichte gegen 12 Uhr ihr Ende.

Freiburg. Am Sonntag, den 29. Oktober, fanden in Freiburg und Brüderingen Mitgliederversammlungen statt, die zweimal jährlich stattfinden. Kollege Henrich aus Bühlweiler, der als Referent erschien war, erzählte Besuch von der Generalversammlung in Müngingen. Die Kollegen waren über die einzelnen Belehrungen zufrieden. Die Neuerungen werden dazu beitragen, daß die Kollegen mehr Gewinn daraus legen, die Mitgliedschaft aufrechtzuhalten. Er forderte auf, jetzt energisch in die Agitation einzutreten, damit die aus noch fernzusehenden Kollegen gewonnen werden. Kollege Brogle erzählte ebenfalls die Kollegen, in diesem Sinne zu wirken.

Saarburg (Zimmerer). Bei der Betriebsversammlung am 26. September arbeitete schon seit einigen Wochen ein Zimmermann, der Mitglied unseres Verbandes war, ohne daß ihm besondere Schwierigkeiten gemacht wurden. Es gelang dem Kollegen, dann aber noch einen am Bau beschäftigten Zimmermann für unsere Verbund zu gewinnen. Dieses brachte jedoch die Gewinner der roten Zimmerer in Erregung. Nun forderte unsere Kollegen auf, nur mitzuhören zu lassen, diejenigen die Zustimmung jedoch entzogenen es. Es wurde dann eine Versammlung der „Genossen“ zur Abstimmung abgehalten, in welcher Beschlüsse wurde, mit den Kollegen nicht mehr zu arbeiten. Am folgenden Tage legten die beiden nach die Arbeit rückte und wurden sofort Kollegen, welche dem Verband treu blieben, durch den Kampftrupp entlassen, weil letztere befürchtete, daß er seine Arbeit nicht fertig bekam. Unser Vorsitzender ging dann zum Bereich des sozialdemokratischen Zimmererverbundes und erfuhr dort den Zimmermann Lehmann, doch seine Mitglieder aufzuhören, betreute Gewerkschaft zu unterstützen. Der gute Mann aber berührte das Verhalten der Mitglieder noch zu verteidigen. Wie nun unser Vorsitzender hörte erzählen, daß wir uns jetzt durch das Gesetz jünger wüssten, wenn die Organisation ihre Mitglieder nicht annehmen möchte, seine Mentalität zu untersuchen, welche der Staatliche Schreinern sich nicht entsetzt zu helfen, obwohl das der anderen Kollegen das Bataillon verdient, also zu bestmöglich gesagt, die Tat zeigte. Es gelang einem Vorsitzenden jedoch, die Kollegen bei der Sache wieder in Arbeit zu bringen. Den Karlsruher haben wir der Staatsminister übergeben. Die „Genossen“ haben sich gefragt, was los sei, daß man uns nicht mehr zu kommt an die Wand drückt, war uns eins in Hamburg genau welche Gewerkschaft zu schaden wissen. Besonders ist es jedoch für den „Genossen“ Lehmann. Der gute Mann jedoch ist höchst dieser Sache erfreut zu hören, als mal gegen die christliche Organisationen vorgezogen. Lehmann war es auch, der bei den Versammlungen 1918 den Antrag stellte, unsere Vertreter zu den Versammlungen nicht einzuladen. Bei der Abstimmung haben wir uns sehr freudig gefühlt, selbst das „Homburger Echo“ (sozialdemokratisch) sah dies während der Abstimmung folgendes: „... vereinzelten Herren über bei diesem Kampfe zu hoffnun...“

Freie Universität... Vereinigte Wissenschaften (Freie Universität) ... Vereinigte Wissenschaften (Freie Universität) ...

sie mit uns reden müssen. Unseren Mitgliedern mag dieser Vorgang wieder ein Ansporn sein, traurig für unseren Verband weiterzutämpfen.

Heimbuchenthal. Sonntag, den 5. November, fand hier eine Versammlung des christlichen Bauarbeiterverbandes statt. Kollege Gerst referierte über die Notwendigkeit und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Aus einigen Beispielen zeigte Redner, welche Rümpfe die christlichen Gewerkschaften durch gemacht und zu welchem Machtfaktor sie heute geworden sind. 260 000 Mitglieder sind im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vereinigt. In seinen weiteren Ausführungen schilderte uns Kollege Gerst die Entwicklung des Bauarbeiterverbandes und welche Vorteile er durch Abschluß von Tarifverträgen für seine Mitglieder errungen hat. Da viele Kollegen von Heimbuchenthal im Kanalbau beschäftigt sind und sie die Vorteile des Tarifvertrags genießen, ist es ihre Pflicht, auch dazu beizusteuern, daß die Rümpfe, die uns auferlegt werden, zu einem Sieg führen. Alle Anwesenden waren von der Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften überzeugt und gaben Urteile, aus der hervorgingen: Kollege Hohmann von Horas, verunglückt. Die beiden Kollegen stiegen an einer Leiter empor, die durch Zusammenbinden mit einer anderen Leiter verlängert war. Plötzlich brach die Leiter zusammen und stürzten beide in die Tiefe, wobei Kollege Rupert einen Armbruch und Kopfverletzungen, Kollege Hohmann Verstaubungen davontrug. Auf dieser Baustelle sieht es betrifft Schuhvorrichtungen und gefundene Rüstzeug traurig aus. Zu verwundern ist, daß die hierige Polizei, die im verflossenen Sommer gelegentlich unserer Bauarbeiter zwecks Einhaltung des Tariffs äußerst fleißig Kontrolle ausübt, damit ein Arbeitwilliger solle, den gleichen Fleiß auf die Kontrolle zur Einhaltung der Schuhvorrichtungen nicht anwendet. Und doch wäre das sehr notwendig, manche Unfälle würden dann verhindert werden.

ettingen (Baden). Sonntag, den 5. November, hielt die hierige Zahlstelle eine gut besuchte Versammlung ab, in der Gewerkschaftsreferent Wekel aus Karlsruhe referierte. Er behandelte eingehend die Stellung der politischen Sozialdemokratie zum Arbeiterstand, für den sie bis jetzt noch gar nichts Positives geleistet und in der ganzen sozialen Gesellschaft nur immer den Hemmischuh gebildet; sodann kam er auf den Terrorismus der gewerkschaftlichen Sozialdemokratie zu sprechen, zeigte, wie die rote Umsturzpartei, ähnlich wie durch die „freien“ Gewerkschaften, so auch durch sogenannte „neutrale“ Sportvereine und vergleichbare besonders die Jugend zu angeln sucht und forderte alle Anwesenden (es waren auch viele Bandwirte und sonstige Ortsheimzuhörer in der Versammlung anwesend) auf, zur Wahrung unserer christlichen Ideale und Verfestigung unserer christlichen Weltanschauung einig zusammenzustehen.

Witten. Am Samstag, den 11. November, hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Kassierer Kollege Ellend gab den Kassenbericht von den ersten drei Quartalen. Aus diesem ist hervorzuheben, daß die Einnahmen für die Verwaltungsstelle die Summe von 1424,89 M. betragen, denen eine Ausgabe von 123,60 M. gegenübersteht. An die Verwaltungsstelle wurden 1301,15 M. abgeführt. Die Lofalkasse der Zahlstelle hatte an Einnahmen 261,70 M. und an Ausgaben 124,89 M. Mitte im ein Kassenbestand von 136,81 M. vorhanden. Kollege Janzen, welcher aus Bochum erschienen war, bedauerte den schlechten Besuch der Versammlung. Er ermahnte die Kollegen, in Zukunft doch regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, damit sie die Gewerkschaftsfrage immer besser verstehen lernen, sich immer mehr zu äußern, damit sie auch in der Lage seien, dem Gegner jederzeit Rede und Antwort geben zu können. Kollege Werner gab den Kartellbericht. Er unterbreitete der Versammlung einen Antrag, welcher von dem hierigen Ortsausschiff ausging und die einzelnen Ortsgruppen der christlichen Gewerkschaften aufforderte, in dem Wintervierteljahr jeden Monat eine gemeinsame Versammlung abzuhalten. Die Versammlung bestätigte diesen Antrag und beschloß demgemäß. Den Bericht von der Verwaltungsstellenkonferenz erläuterte der Vorsitzende Kollege Kramer. Er gab die Regelung der Winterbeiträge bekannt und daß die Kollegen, ihre Mitgliedschaft in Ordnung zu bringen, damit die Kollegen nicht Gewinn daraus legen, die Mitgliedschaft aufrechtzuhalten. Er forderte auf, jetzt energisch in die Agitation einzutreten, damit die aus noch fernzusehenden Kollegen gewonnen werden. Kollege Brogle erzählte ebenfalls die Kollegen, in diesem Sinne zu wirken.

Soziale Wahlen.

Koblenz. Bei der am Freitag, den 10. November, gefälgten Gesellenauswahl zur Baugewerkschaftswahl erlangten unsere christlich organisierten Bauarbeiter einen schönen Sieg. Unsere 212 stimmt 196 Stimmen, die sozialdemokratischen Bauarbeiter brachten mit diesem Tamtam 123 Stimmen auf die Beine. Bei der Wahl vor zwei Jahren erhielten unsere Kandidaten 237 Stimmen, und die sozialdemokratischen Bauarbeiter 158 Stimmen, wir nahmen somit 59 Stimmen zu, wogegen die sozialdemokratischen Bauarbeiter diesesmal 30 Stimmen einbüßten. Letztere prahlen aber immer noch von ihrer höheren Mitgliederzahl.

Crefeld. Am 15. November fand die Vertreterwahl zur freien Bauarbeitskantone statt. Die Beteiligung an der Wahl war erstaunlich stark: Stimmen wurden abgegeben 325. Bei der letzten Wahl 1909 waren es deren nur 183. Auf die christliche Seite entfielen 130, auf die sozialdemokratische 194 Stimmen. Eine Stimme war ungültig. Die Seite war seit Bezeichnen, ausgenommen 1907, immer in sozialdemokratischen Händen. Auf den diesjährigen Erfolg brachten die „Genossen“ nicht stolz zu sein. Die Zimmerer gaben bei früheren Wahlen immer den Ausfall, so war es auch diesmal der Fall. Der Stimmenzähler beträgt für die christliche Seite 51, für die sozialdemokratische 58. Die sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände hatten alles in Bewegung gesetzt. Leider ausgesetzt werden, daß Kollegen gewesen sind, die nicht zur Wahl erschienen sind, in dem Glauben, es gelingt ja doch nicht, die „Genossen“ aus dem Satz zu heben. Das Wahlergebnis lehrt aber, daß unsere Stimmen zugewonnen haben und bei intensiver Arbeit es wird auch gelingen könne, wenn alle Kollegen ihre Pflicht erfüllt hätten, die Fuge zu erobern. Eine bittere Lehre für uns, in der Zukunft auf dem Posten zu sein.

ettingen. Am Dienstag, den 7. November, fanden die Vertreterwahlen zur Frontenkasse der Vereinigten Gesellenlade hier jetzt statt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche die zu traktierenden Mandate zu verteidigen hatten, kämpften mit verzweifelter. Besonders konnten wir die Wahlkagation einzelner Sozial-Militärs als schwungsvoll und zweckmäßig bezeichnen. Diese Leute wurden mehrmals dabei erfaßt, als sie im Wahlzimmet (satz vor der Urteile) den Wählern unserer Stimmenzähler aus der Hand rissen und den roten Stimmzettel dafür überreichten. Ein italienischer Agitator tat sich als Hauptheld hervor. Da nun bei dieser Wahl die italienischen Bauarbeiter den Ausfall gaben, brachten letztere aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften den Sieg. Diese erhielten 94 Stimmen, die die Seite der christlichen Gewerkschaften und konservativen Arbeitervereine fielen 67 Stimmen. Bei der vorjährigen Wahl setzte unsere Stimmenzahl 61, bei der sozialdemokratischen Gewerkschaften 115. Der Sieg der Sozialisten ist somit ziemlich fair und mit unerlaubten Mitteln errungen.

Literarisches.

Das „Festschrift für sozialistische Arbeiter 1913“, herausgegeben von D. Weber und L. L. ist erschienen

und durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle, Berlin NW. 87, Eile-Wardenbergstr. 28, zum Preise von 60 Pf. zu beziehen. Von 15 Exemplaren an kostet es 45 Pf. von 30 Exempl. an 40 Pf. egl. Porto. Die eb. Arbeitervereine, sowie alle Freunde der christl.-nationalen Arbeitervereinigung erhalten hier zu einem überaus billigen Preise ein schmales Büchlein, das über den gegenwärtigen Stand der christl.-nationalen Arbeitervereinigung in einer Reihe von Kurzfräsen und Tabellen genauen Aufschluß gibt. In diesem Jahre enthält das Buch außerdem eine ausführliche Darstellung der Reichsversicherungssordnung, eine Darlegung, die allein den Kauf für jeden Arbeiter lohnt. Es gilt sich mit der Anschaffung zu befreien, da die Kurzfräsen bald vergriffen sein dürften.

Von den Arbeitsstellen.

Güda. Am Mittwoch, den 16. November, ereignete sich an dem Umbau der hierigen Kasernen ein Unfall, wobei zwei Kollegen unserer Verwaltungsstelle, Kollege Rippert-Rümmerzell, und Kollege Hohmann von Horas, verunglückten. Die beiden Kollegen stiegen an einer Leiter empor, die durch Zusammenbinden mit einer anderen Leiter verlängert war. Plötzlich brach die Leiter zusammen und stürzten beide in die Tiefe, wobei Kollege Rippert einen Armbruch und Kopfverletzungen, Kollege Hohmann Verstaubungen davontrug. Auf dieser Baustelle sieht es betrifft Schuhvorrichtungen und gefundene Rüstzeug traurig aus. Zu verwundern ist, daß die hierige Polizei, die im verflossenen Sommer gelegentlich unserer Bauarbeiter zwecks Einhaltung des Tariffs äußerst fleißig Kontrolle ausübt, damit ein Arbeitwilliger solle, den gleichen Fleiß auf die Kontrolle zur Einhaltung der Schuhvorrichtungen nicht anwendet. Und doch wäre das sehr notwendig, manche Unfälle würden dann verhindert werden.

Münster i. W. Auf der Baustelle des Herrn Kaufmanns Fried. Habe in Münster, Salzstraße, fiel am Montag, den 13. November, nachmittags 6½ Uhr, unser Verbandsmitglied, der Zimmerer B. Dierksmeier aus der zweiten Etage in den Keller, wobei er sich solch schwere Verletzungen zuzog, daß er nach einigen Stunden im Krankenhaus starb. Der Verstorben war, erst seit einigen Tagen auf der Baustelle als Einzelner bei der Betonstruktur Meier & Lange in Gelsenkirchen in Arbeit getreten. Auf welche Weise sich der Unfall ereignete, konnte die stattgefundenen Revisionen der Unfallstelle nicht genau ergeben. Auf der Stelle, wo Kollege Dierksmeier mit noch einem Einzelner beschäftigt war, war alles abgedeckt und mit Schutzleinen versehen. Zur Zeit, als sich der Unfall ereignete, war kein Mitarbeiter zugegen, weil alle im Begriff waren, herunterzugehen, weil sie der Betonpolier zum Betonabladen gerufen hatte. In der Stelle, wo Kollege Dierksmeier verunglückt ist, war der Beförderungsaufgang der Maurer und Bauhülfsarbeiter, auch dort war bei der Besichtigung der Unfallstelle alles abgedeckt und mit Schutzleinen versehen, nur eine kleine Ecke war nicht abgedeckt, aber mit einem Brett abgesperrt, und an dieser Stelle ist Kollege Dierksmeier heruntergefallen. Wie Kollege Dierksmeier in diese Ecke geraten ist, konnte nicht festgestellt werden, weil kein Arbeitsteilnehmer zugegen war. Wie uns nachträglich von den Kollegen der Arbeitsstelle mitgeteilt worden ist, sollen ein früher Morgen, vor der Untersuchung der Unfallstelle, noch Abdeckungen stattgefunden haben. Es ist bedauerlich, daß bei der Untersuchung keiner der Arbeiter auf der Baustelle den Mut hatte, dieses zu sagen, daß nach dem Unfall noch Abdeckungen vorgenommen wurden. Hoffentlich wird noch nachträglich die Angelegenheit ihre gerechte Bedeutung finden. Kollege Dierksmeier war ein fleißiger und nüchterner Zimmerer, was auch vom Betonpolier bestätigt wurde. Er hatte im Oktober d. J. erst sein 19. Lebensjahr überschritten.

Bekanntmachungen.

Achtung! Verwaltungsstelle Oberhausen.

Die leite Verwaltungsstellen-Ausschreibung hat geschlossen, daß jeder Kollege als Winterbeitrag 2,40 M. zu zahlen hat. Sämtliche Kollegen müssen nach Schluss der zentralen Beitragspflicht 1,20 M. zahlen. Erst dann wird die Schlusszahl für dieses Jahr verabschiedet. In den übrigen Wochen sind pro Woche 10 Pf. zu zahlen. Kollegen, die nach der Heimat reisen, zahlen diese 10 Pf. pro Woche nur für die Zeit, wo sie sich in dem Gebiete der Verwaltungsstelle aufzuhalten. Erst nachdem die 1,20 M. gezahlt sind, werden die Bücher zwecks Umtausches eingesammelt. Die Kollegen werden dringend erachtet, diesem Bedarf rechtzeitig nachzukommen, damit sich das Einkommen der Mitgliedsbücher nicht verzögert.

Der Vorstand. J. A.: S. Gestadt.

Achtung! 15 Maurer nach Celle gehucht. Zu melden Säger 11 Stundenlohn 55—80 Pf. Dauernde Arbeit wird zugesichert.

Volksbeamter gesucht.

In einer Verwaltungsstelle des Bezirks Bochum ist die Stelle eines Volksbeamten neu zu besetzen. Kollegen, die gewillt sind, sich um die Stelle zu bewerben, sollen ein diesbezügliches Gesuch bis zum 6. Dezember d. J. an die Bezirksleitung des Genossenverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands zu Bochum, Wiemelhauser Straße 13 einsenden.

Den Bewerbungsschreiben ist beizufügen, eine kurze Darlegung der Aufgaben eines Volksbeamten, des Lebenslaufe und bisheriger Tätigkeit im Verbande.

Die Bezirksleitung. J. A.: Theod. Hänschen.

Sterbetafel.

Am 9. November verstarb unser treuer Kollege Friedrich Appel, Vorsitzender der Zahlstelle Burgscheid, im Alter von 31 Jahren an Lungengeschwulst.

Verwaltungsstelle Nürnberg.

Am Samstag, den 11. November, starb an den Folgen einer Operation unser treuer Kollege Franz Thiele im Alter von 37 Jahren.

Verwaltungsstelle Beckum.

Im Montag, den 13. November, starb infolge eines Baumfalles unser werkes Mitglied, der Zimmerer Bernhard Dierksmeier, im Alter von 19 Jahren.

Verwaltungsstelle Münster i. W.

Am 14. November starb in Gronau bei Göttingen nach langen Leidern unser langjähriger Kollege Heinrich Klages im Alter von 48 Jahren an Lungenkrebs.

Baustelle Göttingen.

Am 16. November starb unser treuer Kollege Maurer Josef Gilhues im Alter von 39 Jahren nach langer Krankheit infolge eines Unfalls.

Baustelle Emdeiten.

Ehre ihrem Leben!